

Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

Reformüberlegungen des Justizministeriums zum Jugendstrafrecht

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. was aus der Initiative von Justizminister Wolf und dem bayerischen Justizminister Bausback geworden ist, das Recht so zu ändern, dass häufiger Erwachsenenstrafrecht angewandt wird;
2. wie die Initiative vorbereitet wurde, darzustellen unter Angabe des Verfahrens inklusive der beteiligten Stellen und der Maßnahmen zur Informationsgewinnung;
3. welche diesbezüglichen Initiativen von Justizminister Wolf ins Auge gefasst und umgesetzt, verworfen oder noch nicht umgesetzt wurden;
4. inwieweit sie in dieser Legislaturperiode bei dem Thema initiativ tätig werden wird;
5. welche Erkenntnisse der Vermerk aus dem baden-württembergischen Justizministerium enthält, auf den sich schwaebische.de im Artikel „Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende stößt auf Widerstand“ aus dem März 2018 bezieht;
6. welche konkreten Gedanken und Erwägungen Justizminister Wolf meinte, als er sagte, „Dabei stimmt mich besonders nachdenklich, dass gerade bei schweren Delikten die Anwendung von Jugendstrafrecht besonders häufig ist“;
7. ob der Justizminister weiterhin „die strafrechtliche Sanktionierung von Heranwachsenden in der Praxis für unbefriedigend“ hält;
8. welche aktuellen Urteile er dabei im Blick hat;
9. auf welchen weiteren Erkenntnissen seine Überlegungen beruhen;
10. inwieweit er sich mit Fachleuten zum Thema austauscht, unter chronologischer Darstellung des Austausches vor und nach der Kommunikation mit dem bayerischen Justizminister zur gemeinsamen Initiative;
11. inwieweit es zum Thema Kommunikation und Vereinbarungen innerhalb der Landesregierung gibt;
12. was die Prüfung des Themas durch das Staatsministerium ergeben hat;
13. wie die Anwendung des Jugendstrafrechts aktuell geregelt ist.

06.09.2018

Weinmann, Dr. Goll, Dr. Rülke, Dr. Kern, Haußmann, Dr. Schweickert, Keck, Hoher, Brauer, Dr. Aden
FDP/DVP

Begründung

Vor einigen Monaten äußerte sich Justizminister Wolf zum Thema.